

Kriminalpolitik gegen sozialen Ausschluss? Anspruch und Wirklichkeit von Tony Blairs 'New Labour'

Bode, Britta; Lutz, Tilman

Zeitschriftenartikel / journal article

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Bode, B., & Lutz, T. (2001). Kriminalpolitik gegen sozialen Ausschluss? Anspruch und Wirklichkeit von Tony Blairs 'New Labour'. *Kriminologisches Journal*, 33(3), 205-215. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-316323>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer Deposit-Lizenz (Keine Weiterverbreitung - keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Gewährt wird ein nicht exklusives, nicht übertragbares, persönliches und beschränktes Recht auf Nutzung dieses Dokuments. Dieses Dokument ist ausschließlich für den persönlichen, nicht-kommerziellen Gebrauch bestimmt. Auf sämtlichen Kopien dieses Dokuments müssen alle Urheberrechtshinweise und sonstigen Hinweise auf gesetzlichen Schutz beibehalten werden. Sie dürfen dieses Dokument nicht in irgendeiner Weise abändern, noch dürfen Sie dieses Dokument für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, aufführen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Mit der Verwendung dieses Dokuments erkennen Sie die Nutzungsbedingungen an.

Terms of use:

This document is made available under Deposit Licence (No Redistribution - no modifications). We grant a non-exclusive, non-transferable, individual and limited right to using this document. This document is solely intended for your personal, non-commercial use. All of the copies of this documents must retain all copyright information and other information regarding legal protection. You are not allowed to alter this document in any way, to copy it for public or commercial purposes, to exhibit the document in public, to perform, distribute or otherwise use the document in public.

By using this particular document, you accept the above-stated conditions of use.

Manuskript

Erschienen in Kriminologisches Journal 33, Heft 3 (2001), S. 205-215

Britta Bode und Tilman Lutz

Kriminalpolitik gegen sozialen Ausschluss? Anspruch und Wirklichkeit von Tony Blairs *New Labour*

Seit dem Wahlsieg Tony Blairs im Jahre 1997 blickt die gesamte europäische Sozialdemokratie auf „New Labour“ und versucht, vom britischen Beispiel zu profitieren. Dies gilt nicht zuletzt für die Kriminalpolitik - für die Blair die Devise „tough on crime, tough on the causes of crime“ ausgegeben hatte. Eine Devise, die im Wahlkampf der SPD 1998 zum Slogan „entschlossen gegen Kriminalität, entschlossen gegen ihre Ursachen“ (Kant/Pütter 1998, S. 62) wurde. Ein genauerer Blick auf das Verhältnis von Anspruch und Wirklichkeit belegt das Scheitern dieser zwischen Versicherungslogik und neuer Punitivität oszillierenden Politik.

The article describes and analyses New Labour's criminal policy in terms of both programme and results, and ends with a word of caution concerning any attempt by continental parties and/or social democratic governments to imitate what they seem to see as the „British Model“. Oscillating between actuarial justice and a new punitiveness it widens the gap between anti-exclusionary visions and manifestly exclusionary outcomes.

Dritte Wege

Trotz des viel beschworenen Endes des *sozialdemokratischen Jahrhunderts* (Ralf Dahrendorf) regiert die Sozialdemokratie inzwischen wieder in vielen Staaten Europas. Dies zwar um den Preis der Verabschiedung traditioneller Inhalte, aber der „Dritte Weg“ (Anthony Giddens) scheint sich gerade in Großbritannien, wo er von Tony Blairs *New Labour* mit größtem Elan verfolgt wird (vgl. Soper 1996, S. 228ff) als relativ erfolgreich zu etablieren. Nach Jahrzehnten des Schuldenmachens unter den Konservativen kann die Regierung Blair seit ihrem Amtsantritt auf erhebliche Haushaltsüberschüsse verweisen. Und nach dem radikalen Sozialabbau und der massiven Deregulierungspolitik der Vorgängerregierungen war es für *New Labour* auch ein

Leichtes, in der Arbeitsmarktpolitik, der Schlüsselgröße des Dritten Weges, mit neuen Ansätzen zu reüssieren. Das „New Deal“ genannte Beschäftigungsprogramm, das jungen Arbeitslosen durch Ausbildung den Eintritt in den Arbeitsmarkt eröffnen soll, gilt zwar als erheblicher Kostenfaktor, hat sich aber bewährt. Dass die Konjunktur (zumindest bis zum Wahltermin) brummte und die Gesamt-Arbeitslosenquote auf den tiefsten Stand seit 1975 zurückgegangen war, dürfte den Erfolg von „New Deal“ allerdings zum Teil miterklären. Da die Steuerpolitik von *New Labour* dem reichsten Zehntel der Bevölkerung am wenigsten, dem ärmsten Zehntel aber am stärksten geholfen hat, konnte der zunehmende Abstand zwischen Arm und Reich immerhin etwas verlangsamt werden. Da liegt es für die Sozialdemokraten auf dem Kontinent nahe, auch bei anderen Themen nach England zu schauen. Dass allerdings nicht alles, was aus London kommt, als Modell taugt, lässt schon der Blick auf die marode Verkehrs- und die Gesundheits-, Einwanderungs- und Ausländerpolitik erkennen. Ob nun speziell die Kriminalpolitik nachahmenswert sei, darüber scheint die Meinungsbildung in Europa noch nicht abgeschlossen. Anlass genug, die Grundlagen und Konsequenzen derselben zu beleuchten. Wird das von Anthony Giddens (vgl. 1999, S. 123) formulierte Ziel der gesellschaftlichen Inklusion erreicht? Oder produziert die neue Kriminalpolitik in Verkehrung des Gewollten stattdessen neuen sozialen Ausschluss?

Der britische Weg - Grundlagen und Maßnahmen

Auf der theoretischen Ebene beruft sich *New Labour* auf Giddens und die *Left Realists*. In Giddens' Beschreibung des Dritten Weges liegt der kriminalpolitische Schwerpunkt auf der kommunalen Kriminalprävention. Er fordert eine „Gewichtsverlagerung von der Bestrafung zur präventiven Verbrechensbekämpfung“, die „Hand in Hand“ gehen soll mit der „Wiedereingliederung der Polizeiarbeit in die Gemeinschaft“. Die „präventive Verbrechensbekämpfung und die Verminderung der Angst vor Kriminalität“ setzen für ihn eine „Erneuerung der Gemeinschaft“ (Giddens 1999, S. 105, 103) voraus. Diese Forderung verweist ebenso wie die beabsichtigte Bekämpfung der Armut und v.a. der Arbeitslosigkeit auf die langfristigen Politikziele von *New Labour*. Für Giddens wie für *New Labour* gilt es dabei, eine „Ex-ante-Gleichheit“ der Lebenschancen zu erzielen, die das frühere Ziel der Erreichung einer „Ex-post-Gleichheit“ der materiellen Verteilung ablöst (vgl. SPD 1999). Das bedeutet, dass der Staat als Sozialinvestor möglichst allen Bürgern die Chance bietet, am Wohlstand teilzuhaben, die Bürger für das Ergreifen dieser Chancen jedoch selbst

verantwortlich sind. Darüber hinaus zieht sich der Staat auf seine neu definierten Kernkompetenzen zurück, greift möglichst wenig in das Marktgeschehen ein und reduziert seine vormals wohlfahrtstaatlichen Aufgaben auf jene Menschen, die trotz Chancengleichheit bspw. durch Krankheit ausgeschlossen bleiben.

Die *Left Realists* haben dem langfristigen Ziel der Ursachenbekämpfung von Kriminalität durch gesellschaftliche Veränderungen das Ziel der kurzfristigen Kriminalitätsbekämpfung zur Seite gestellt (vgl. Young 1997, S. 492ff). Dementsprechend hat die britische Regierung direkt nach der Wahl eine Fülle von Maßnahmen beschlossen, um den „Kampf gegen das Verbrechen“ entschlossen aufzunehmen. Diese Maßnahmen lassen sich - einer Einteilung von David Garland (2000, S. 349) folgend - in präventive (*preventive partnership*) und punitive (*punitive segregation*) unterteilen, von denen die wichtigsten hier aufgeführt werden:

preventive partnership

- Videoüberwachung von öffentlichen Plätzen¹
- Zwingend vorgeschriebene kommunale Sicherheits- und Ordnungspartnerschaften zwischen Polizei und Bürgern
- ‚problemorientierte‘ Polizeiarbeit (bspw. verstärkte Polizeipräsenz in bestimmten Gebieten)
- *Crime and Disorder Act* (96 Paragraphen), in dem u.a. neue Verwarnmöglichkeiten (Diversion) und *restorative justice* orientierte Sanktionen für Jugendliche (Restitution, Täter-Opfer Ausgleich u. gemeinnützige Arbeit) sowie Erziehungskurse für Eltern delinquenten Jugendlicher geregelt sind.

punitive segregation

- *Crime Sentences Act*, der u.a. die automatische lebenslange Freiheitsstrafe für rückfällige Sexual- und Gewaltstraftäter und höhere Mindeststrafen für Drogenhandel gesetzlich vorschreibt
- *Crime and Disorder Act*² (96 Paragraphen) in dem u.a. Auflagen für Sexualstraftäter, die Herabsetzung der Schuldfähigkeit von Kindern auf 10 Jahre, höhere Strafen für sogenannte *hate-crimes* und Möglichkeiten zur Kriminalisierung von Ordnungsverstößen enthält (*anti-social-behaviour*)

¹Im sogenannten „Closed Circuit Television Program“ (CCTV) werden die Innenstädte Großbritanniens flächendeckend mit Überwachungskameras ausgestattet (mit Investitionen von 170 Millionen £ seit 1997; vgl. Labour Party 2000).

Daneben wird der Opferschutz stärker betont, und auf der Durchführungsebene gilt eine strikte Orientierung an den so genannten Neuen Steuerungsmodellen, an Evaluation sowie an dem Prinzip *value for money*, das die Ressourcenvergabe an die Erfüllung von Vorgaben bindet.²

Große Worte - große Taten?

Beim kurzfristigen Vorgehen gegen die Kriminalität mittels punitiv-segregierender Maßnahmen wird der Regierung allgemein eine „beträchtliche Energie“ bescheinigt (z.B. Brownlee 1998, S. 315). Konstatiert wird allerdings auch, dass von dem angekündigten gleichzeitigen Kampf gegen die Ursachen der Kriminalität, bzw. von der Transformation der Gesellschaft wenig zu sehen ist. Andrew Rutherford (2000) wirft der *Labour* Regierung vor, dass die *anti-social-behavior-order* mit ihrer Vermischung von Zivil- und Strafrecht sowie die anderen Maßnahmen des *Crime and Disorder Acts* auf eine *Kriminalisierung der Sozialpolitik* hinausliefen. Ian Brownlee verweist vor allem auf die Strafverschärfungen wie die automatische lebenslange Haftstrafe für wiederholte Sexual- und Gewalttäter, die Züge einer „populistischen“ Politik und einer „criminology of the other“ (Garland 1996, zit. nach Brownlee 1998, S. 28) trügen. Worte und Taten der Regierung Blair indizierten einen grundsätzlichen Politikwechsel von einer strafskeptischen zu einer abschreckungsorientierten Linie hin. Aus den *children in trouble* der 60er Jahre seien nunmehr auch bei den Sozialdemokraten die *young offenders* der Konservativen der 80er Jahre geworden. Dementsprechend erfolgten zahlreiche Kehrtwendungen: Von der Entkriminalisierung zur härteren Bestrafung von Drogendelikten, von der Abschaffung zur Vermehrung privater Gefängnisse und vieles andere mehr, das es höchst unwahrscheinlich macht, dass das oberste Prinzip des kriminalpolitischen Programms – der Kampf gegen den sozialen Ausschluss – von dieser Regierung erreicht werden kann.

Auch die *preventive partnership* birgt – so positiv die kommunale Kriminalprävention bisher (auch in Deutschland) rezipiert wurde – das Risiko, die Ausschließung von bestimmten Bevölkerungsgruppen nicht einzudämmen, sondern zu (re-)produzieren. Beteiligt sind an diesen Partnerschaften vorwiegend männliche Hauseigentümern mittleren Alters, während Jugendliche, Frauen, Homosexuelle oder gar Obdachlose schlechter bis gar nicht vertreten sind (vgl. Squires 1999). Ohnehin scheint das nostalgische Bild der Gemeinde eher dazu angetan, neue Formen der Exklusion zu be-

² Zu Beginn eines Berichtsjahres werden bspw. für die Polizei dezidiert zu erfüllende Aufklärungsquoten für bestimmte Delikte und die Mindestzeit für Präsenz in der Öffentlichkeit festgelegt (vgl. Bässmann/Posiege 1998).

günstigen, bzw. zu produzieren. Dasselbe gilt für die Expansion der innerstädtischen Videoüberwachung als „Kriminalpräventionsinitiative des Jahrhunderts“ (Norris/Armstrong 1998, S. 31). Statt Kriminalität und insbesondere Kriminalitätsfurcht zu reduzieren, werden kriminalisierbare Vorfälle in andere Gebiete verdrängt. Da diese Überwachung die Selektionskriterien der Polizei nur reproduziert und im Alltag „in erster Linie die ohnehin schon sozial und ökonomisch Marginalisierten“ erfasst (Norris/Armstrong 1998, S. 38), werden Stigmatisierungen und Ausgrenzungen eher verstärkt – und all dies, obwohl womöglich nicht nur Jason Ditton (2000, S. 707) Anzeichen dafür sieht, dass die Videoüberwachung nicht zur erhofften Beruhigung der Bevölkerung beiträgt, sondern im Gegenteil den Eindruck verstärkt, dass eine Gegend, die von Kameras überwacht werde, ganz besonders gefährlich sein müsse.

Zwar existieren durchaus integrative Initiativen (*restorative justice* im Jugendbereich, Ausgabensteigerung für rehabilitative Maßnahmen in den Gefängnissen um 50% u.ä.; vgl. Straw 2000). Die Öffentlichkeit versucht man aber eher mit einer neuen Strafrhetorik zu beeindrucken – was in der Bevölkerung dazu führt, dass immer mehr Forderungen nach immer härterem Durchgreifen erhoben werden (Brownlee 1998, S. 326). *New Labour* greift damit in der Praxis aus der Themenpalette des linken Realismus insbesondere den Topos der individuellen Verantwortung für kriminelles Verhalten heraus – „There is no excuse for crime. None“ (Tony Blair, zit. nach Rutherford 2000, S. 36). Von irgend einer Bedeutung der sozialen Ursachen oder gar von einer Verknüpfung mit dem Ziel der Transformation der Gesellschaft ist nichts zu bemerken. Die Furcht von *New Labour* vor Budgetdefiziten und ihre kategorische Verweigerung von Steuererhöhungen hat den Handlungsspielraum der Regierung in der Sozial-, Arbeitsmarkt- und Bildungspolitik inzwischen derart eingeschränkt, dass das langfristige Ziel der Inklusion durch die Schaffung einer ex-ante-Chancengleichheit in weite Ferne gerückt ist. Diese langfristige Orientierung ist auch in der Kriminalpolitik nicht mehr zu bemerken und hat inzwischen bei den *Left Realists*, die sich für eine Kriminalpolitik einsetzen, in der Kriminalität ernst genommen wird, und gleichzeitig Exklusion minimiert und soziale Verantwortung betont, massiven Protest ausgelöst. Dieser manifestiert sich nicht zuletzt darin, dass die Protagonisten der *Left Realists* (v.a. J. Young und J. Lea) vor den diesjährigen Wahlen (2001) erstmals die Kriminalpolitik ihrer „eigenen“ Partei aufs schärfste verurteilten und *New Labour* generell das Recht absprachen, sich kriminalpolitisch auf die Linken Realisten zu berufen. Mit dem „Übervertrauen“ (Brownlee 1998, S. 326) in das Dogma der Abschreckung und der steigenden Zahl von Gefängnisinsassen widerspricht *New Labour* zudem dem ei-

genen Bekenntnis zur *New Penology* (vgl. ebd., S. 328), die von der „Normalität“ von Kriminalität ausgeht und nicht zuletzt aus Kostengründen für eine Politik der Diversi- on und Entkriminalisierung eintritt. Dahinter steht das neue Verständnis des Staates als Service-Anbieter und des Bürgers als Klienten und Konsumenten, das mit den Neuen Steuerungsmodellen verbunden ist. Nach diesem Modell wird Kriminalität nicht mehr unter individuellen Aspekten gesehen, sondern in der Aggregation gema- nagt. Diesem Widerspruch und den verschiedenen Versuchen, ihn nach dem Gou- vernalitätskonzept aufzulösen (Rose 2000), bzw. seine Grundlagen an den ge- sellschaftlichen Veränderungen festzumachen (Garland 2000), wird im folgenden nachgegangen.

In and Out

Die beiden ‚Achsen‘ der Kriminalitätskontrolle in Großbritannien, *preventive partner- ship* und *punitive segregation* stehen nach Nikolas Rose in einem strategischen Zu- sammenhang. Er beschreibt diese ‚Achsen‘ als „Kreislauf der Inklusion“ und „Kreis- lauf der Exklusion“ (vgl. Rose 2000, S. 324) und analysiert sie anhand des Foucault- schen Gouvernalitätskonzepts. Dabei werden die „Rationalitäten der Regie- rung“³ identifiziert (Bröckling u.a. 2000, S. 12), die Herrschaftstechniken mit den Technologien des Selbst verknüpfen. Die Frage lautet also, wie Selbsttechnologien erfunden und gefördert werden können, die an Regierungsziele koppelbar sind, bzw. diesen entsprechen.

Die späte Moderne neoliberaler Prägung zeichnet sich nach Rose (2000, S. 323 ff.) durch den Rückzug des Staates aus seiner wohlfahrtsstaatlichen Versorgerrolle und das Verständnis des Subjektes (Individuum oder Organisation) als eines rational han- delnden *Unternehmers seiner selbst* aus. Staat und Subjekte agieren in einer Part- nerschaft, in der der Staat nur aus der Distanz und mittels vorsichtiger „technologies of freedom“ regulierenden Einfluss auf die Subjekte nimmt. Auf der Ebene der Orga- nisationen bedeutet das Privatisierung, Evaluation und Controlling – für die Individu- en aber *Responsibilisierung*, also die Betonung der Eigenverantwortung für die Ge- staltung der eigenen Lebensbedingungen und Zukunft(-svorsorge). Vor diesem Hin- tergrund lässt sich die Politik von *New Labour* nunmehr in die Kreisläufe von Inklusi- on und Exklusion einordnen.

Kreislauf der Inklusion (vgl. Rose 2000, S. 325 ff.). Durch den Rückzug des Staates müssen die Bürger zunehmend selbst die Verantwortung für die Sicherung ihres Ei-

³ Regierung ist nicht mit der politischen Regierung gleichzusetzen sondern verweist auf verschiedene Felder der Kontrolle und Leitung (vgl. ausf. Bröckling u.a. 2000, S. 10)

gentums und den Schutz vor Kriminalität übernehmen. Realisiert wird dies durch Versicherungen, Meidung gefährlicher Orte, die Installation von Alarmanlagen oder Überwachungskameras und durch Zusammenarbeit mit der Polizei, mit privaten Sicherheitsdiensten und der Nachbarschaft. Durch die obligatorischen lokalen Sicherheits- und Ordnungspartnerschaften ist dieser Prozess von der britischen Regierung aktiv vorangetrieben worden. Auch die Räume, insbesondere die innerstädtischen, werden unter Sicherheitsaspekten neu konfiguriert: Videoüberwachungen wurden installiert, *gated communities* errichtet oder private Sicherheitsdienste engagiert. Auf diese Weise wird die individuelle Autonomie mit der Verantwortung für das jeweilige Gemeinwesen verknüpft. Es entstehen Zonen der Sicherheit, die sich von den unsicheren Zonen abgrenzen. Die Bürger weichen von den ‚unsicheren‘ öffentlichen Räumen wie Parks oder Spielplätze auf die ‚sicheren‘ privaten oder halböffentlichen Räume wie Einkaufszentren oder private Kindergärten aus, die nicht für alle zugänglich sind und überwacht werden. Dieses Szenario erinnert an die Kontrollgesellschaften, wie sie Deleuze (1990) beschrieben hat, in der identitätsstiftende Codes wie Sozialversicherungsnummern, Kreditkarten oder PIN-Nummern den Zugang zu den Inkludierten sichern: zum eigenen Viertel, zu Gebäuden, zu Geld, zu Clubs usw. Die Inklusion durch „Zugänge“ erzeugt auch neue Formen der Exklusion für jene, die nicht über die entsprechenden Codes verfügen. Für Rose manifestiert sich hier sogar eine „double exclusion“ (Rose 2000, S. 330): Eine Exklusion in den äußeren, unsichereren Stadtteilen, in denen diejenigen leben, die in den Sicherheitszonen arbeiten; und eine Exklusion derjenigen, die sich gänzlich außerhalb des Kreislaufs der Inklusion befinden – die gefährlichen Klassen, d.h. Obdachlose, Kriminelle und die wirklich Armen.

Kreislauf der Exklusion (vgl. Rose 2000, S. 330ff). Hier befinden sich diejenigen, die entweder die neue Moral der Selbstverantwortung ablehnen oder nicht fähig sind, sie zu verwirklichen. Diese werden von Experten (Polizei, Sozialarbeiter, Lehrer, Ärzte, Psychologen etc.) nach den Maßgaben der Risikokontrolle, dem zentralen Kriterium des Managements der Exklusion, nach Gefährlichkeit klassifiziert und verwaltet. Auf dieser Basis werden auch die kustodialen Institutionen neu definiert: Einerseits als *Container* für die sichere Aufbewahrung des gesellschaftlichen Risikomaterials – v.a. der *monstrous individuals* (Sexualstraftäter, Pädophile und Wiederholungstäter), die für immer ausgeschlossen werden – *second crime you do a lifetime*. Andererseits als *Trainingscenter* für die Herstellung verantwortlicher Subjekte. Rehabilitation bedeutet hier, die Individuen ethisch als eigenverantwortlich und selbstständig zu rekonstruieren.

ren. Damit wird Kriminalität individualisiert und als moralisches und ethisches Defizit, bzw. als persönlicher Mangel an Eigenverantwortlichkeit verstanden. Unter den Aspekt des *Trainingscenters* fallen in Großbritannien z. B die *restorative-justice* orientierten Maßnahmen für Jugendliche, Täter-Opfer-Ausgleich oder die Erziehungskurse für Eltern von delinquenten Kindern.

Das ‚duale System‘ von ausschließenden und integrierenden Interventionen gibt jedem eine Chance. Wer diese nicht ergreift, weil er nicht will oder nicht in der Lage dazu ist und als Gefahr für die Gesellschaft betrachtet wird, erfährt den absoluten Ausschluss durch Einsperrung. Die steigenden Inhaftierungsraten (vgl. Faulkner 2000, S. 82) und wachsenden Budgets für Gefängnisse bei gleichzeitig sinkenden Wohlfahrtsbudgets belegen, wie konsequent *New Labour* bei der Verfolgung dieser Politik ist. Der Anstieg lässt sich dabei einerseits auf den Ausschluss der ‚gefährlichen‘ Individuen zurückführen, andererseits aber auch auf die Kriminalisierung von Exklusion an sich. Durch neue Gesetze, wie die *anti-social-behaviour-order* mit der Verstöße gegen zivilrechtliche Anordnungen zu Straftaten werden (vgl. Rutherford 2000, S. 51) und die harte Bestrafung von Bagatelldelikten entsteht oft ein Teufelskreis aus Gefängnis – Bewährung – Verletzung der Auflagen – Gefängnis – usw. Auf diese Weise wird der Kriminelle neu definiert: "*the perpetrator of crime is not one of the juridical subject of the rule of law, nor that of the social and psychological subject of criminology, but of the individual who has failed to accept his or her responsibilities as subject of moral community*" (Rose 2000, S. 337).

Exklusion als (Mit-)Gift der späten Moderne

Für David Garland ist die Dichotomie zwischen Prävention und Strafe und die Popularität der britischen *law-and-order* Politik auf die kulturellen und gesellschaftlichen Veränderungen der letzten Jahrzehnte zurückzuführen. Der Ansatz von *New Labour* resultiert nicht zwangsläufig daraus, wurde aber davon begünstigt. Nach Garland leben wir heutzutage in einer „High Crime Society“ (Garland 2000, S. 347), die sich durch ein besonderes Bewusstsein von Kriminalität als integralem Bestandteil des täglichen Lebens auszeichnet (vgl. Garland 2000, S. 347, 367), das sich von der früheren Wahrnehmung massiv unterscheidet.

Garlands bereits erwähnte Unterteilung der Kriminalitätskontrolle in *preventive partnership* und *punitive segregation* entspricht weitgehend den oben dargestellten Kreisläufen der Inklusion und Exklusion. Die Präventionspartnerschaft oder „new rationality of crime control“ basiert auf dem Perspektivwechsel in Kriminalpolitik und Krimino-

logie von der Fokussierung der Kriminalitätsursachen zu den Kriminalitätsfolgen (Opfer, Kosten, Kriminalitätsfurcht usw.). Dabei wird Prävention im Zuge der Responsibilisierung der Subjekte in Kooperation von Staat, Organisationen und Bürgern umgesetzt. Die zweite Strategie, die *punitive segregation* mit harten Strafen und repressiven Gesetzen, begründet sich nach Garland zum einen in der ambivalenten Haltung der Politik zu proaktiven Strategien, in der die symbolische Wirkung der Strafe als Herrschaftsausdruck vermisst wird. Zum anderen stehen laut Garland (2000, S. 350, 357 f., 351) dahinter:

- (1) Die neue Logik der Strafe, die jetzt dem Schutz der Öffentlichkeit, der Befriedigung ihrer Emotionen sowie dem Management des Risikos folgt;
- (2) die Popularisierung der Kriminalpolitik, die nicht mehr von Experten dominiert wird, sondern von der öffentlichen Meinung und Politikberatern;
- (3) die neue Perspektive auf die Opfer, die zum Stellvertreter für jeden Bürger werden und eine sehr zentrale Rolle in der Kriminalpolitik einnehmen: ‚Wer für die Opfer ist, muss gegen die Täter sein‘.

Die *High Crime Society*, deren Bevölkerung eine hohe und immerzu steigende Kriminalität als *fact of life* akzeptiert, gegen den man sich nach Möglichkeit durch Investitionen in Sicherheitstechnologie schützt, ist nach Garland (2000, S. 356 ff., 362-64) aus der kollektiven Reaktion auf veränderte gesellschaftliche Bedingungen entstanden, die in den 60er/70er Jahren des 20. Jahrhunderts zusammen kamen⁴.

Die *High Crime Society* will einen Staat, der sich mehr um die Kriminalität kümmert und ist zugleich ein guter Markt für die Produkte der privaten Sicherheitsunternehmen (Videoüberwachung, Wachpersonal usw. wurden so zur Alltagsroutine). Mit der Analyse der Strategien der Privatwirtschaft durch Akademiker und Politiker entstanden neue Theorien, die zur Grundlage der *preventive partnership* und *punitive segregation* Politik wurden. Zudem entwickelten Bürger Vermeidungsstrategien, die von einem ständigen Bewusstsein der potentiellen Viktimisierung geleitet wurden. „*The*

⁴ Anstieg der Kriminalität und das Eindringen der Kriminalität in die Lebenswelt der Mittelschicht, wodurch Kriminalität nicht mehr als reines Unterschichtproblem galt; Mobilitätzunahme und veränderte Organisation des Alltags inkl. Auflösung der klassischen Familienstruktur machten ein neues Zeit- und Risikomanagement notwendig; die akute Gefahr, Opfer einer Straftat zu werden, nimmt in diesem kalkulierten Alltag eine prominente Position ein und führt zu Unzufriedenheit mit den Institutionen; die Verbreitung von „signs of disorder“ (wie Graffiti und Vermüllung des öffentlichen Raums) wird als Kontrolldefizit wahrgenommen; die Transformation des massenmedialen Diskurses, in dem die Aussagen kürzer, emotionaler und populistischer wurden, verankert Angst vor und Erfahrung mit Kriminalität im kulturellen Allgemeinwissen.

fear of crime – or rather a collectively raised consciousness of crime – has gradually become institutionalized“. Diese Kultur führt einerseits zur Verdammung der Täter, deren Integration nicht mehr als moralisch erstrebenswert angesehen wird, andererseits wird ein massives Bedürfnis nach Sicherheit produziert. „*The feeling that ‘something must be done’ and ‘someone must be blamed’ increasingly finds political representation and fuels political action*“ (Garland 2000, S. 376, 378). Entsprechend hat sich *New Labour* in diesem Kontext als *law-and-order* Partei neu positioniert.

Eine andere theoretische Interpretationsmatrix bietet Jock Young in seinem Buch *The Exclusive Society* an, das bezüglich der Strategien des Umgangs mit Normbrechern zwischen kannibalischen und bulimischen Gesellschaften unterscheidet. Die Moderne (nach dem zweiten Weltkrieg) wird als kannibalische Gesellschaft oder „inclusive world“ (Young 1999, S. 57) bezeichnet, in der versucht wird, Abweichler im Sinne vollständiger Anpassung radikal zu integrieren. Sie ist intolerant gegenüber Verschiedenheit und tolerant gegenüber Kriminalität, die als „behandelbar“ eingeschätzt wird. Die späte Moderne als bulimische Gesellschaft oder „exclusive world“ hingegen toleriert Verschiedenheit, die immanent zu ihr gehört, „speit“ aber dafür schwierige oder gefährliche Menschen, wie z.B. Kriminelle, aus (vgl. ebd., S. 58). Inklusion und Exklusion treten für Young nie allein auf. So inkludiert die spätmoderne Gesellschaft zwar die Massen kulturell durch Bildungssysteme, Medien und die Teilhabe am Markt, Teile der Bevölkerung werden jedoch ökonomisch und sozial exkludiert. Die Exkludierten werden zudem intensiver kontrolliert und so „doppelt ausgeschlossen“ (vgl. ebd., S. 82ff). Diese Transformation der Gesellschaft führt Young auf ähnliche Faktoren wie Garland zurück: Steigende Kriminalitätsraten sowie Normalisierung und Problematisierung von Kriminalität durch Medien und Wissenschaft – insbesondere durch die Darstellung von atypischen, besonders gravierenden Risiken (vgl. ebd., S. 69ff). Dadurch haben sich die Systeme sozialer Kontrolle in Richtung einer Versicherungslogik verändert. Nicht mehr die Ursachen sondern die Folgen, nicht mehr die Abschaffung der Kriminalität sondern Schadensbegrenzung, nicht mehr Gerechtigkeit sondern Verletzungsminimierung stehen im Vordergrund. Es wird keine Utopie mehr angestrebt, sondern sichere Häfen in einer feindlichen Umwelt (vgl. ebd., S. 66).

Der Teufelskreis der Exklusion

Diese Ansätze lassen die zweigleisige Strategie der Kriminalpolitik unter *New Labour* weniger widersprüchlich erscheinen. Sie untermauern jedoch die Kritik, dass *New*

Labour ihrem eigenen Inklusionsanspruch nicht gerecht wird, sondern statt dessen die Exklusion verschärft und neuen Ausschluss produziert. Auch die rehabilitativen Maßnahmen, wie z.B. die *restorative justice* orientierten Erstmaßnahmen bei Jugendlichen, die von einem gewissen humanitären Anliegen in der britischen Kriminalpolitik zeugen, trüben diesen Eindruck kaum. Sie lassen sich ebenso gut als Kriminalisierungsinstrumente, die die Rechte der Angeklagten einschränken (vgl. Faulkner 2000, S. 88), bzw. als Selektionsinstrumente betrachten und bewerten, mit denen zum letzten Mal die Spreu vom Weizen getrennt wird. Die präventiven Konzepte eignen sich ebenfalls weniger dazu, Kriminalität zu reduzieren, als vielmehr diese in andere Räume zu verdrängen und bestimmte Gruppen ganz auszuschließen. Insgesamt produzieren die Exklusionstendenzen, die zunehmende Strafrhetorik und die mediale Vermittlung der steigenden Gefahr immer mehr Risikobewusstsein, so dass eine Spirale des Schreis nach härteren Strafen und die Umsetzung dieser Forderung in Gang gesetzt wird, wodurch die Zahl der Ausgeschlossenen weiter steigt.

Die britische Regierung täuscht vor, dass Kriminalität ein Problem darstellt, das mit entsprechend konsequentem Vorgehen gänzlich auszulöschen ist. Dieser Populismus entspricht dem alten Vergeltungsparadigma und widerspricht Giddens Forderung nach weniger Strafen und der von Young (1999) postulierten Versicherungsllogik, in der Kriminalität als normales Phänomen betrachtet wird und der Fokus auf der Reduktion der negativen Folgen liegt. Obwohl sich *New Labour* ansatzweise durchaus der Methoden des Risikomanagements im Rahmen der Neuen Pönologie bedient (vgl. Brownlee 1998, S. 328), droht die Regierung sich den Weg künftig durch die Betonung der Punitivität selbst zu verbauen. Die britische Politik könnte damit als Paradebeispiel für den „Konflikt zwischen Vergeltungs- und Risikologik“ (Shearing 1997, S. 278) herhalten. Dieser Konflikt speist sich aus der Idee, dass der Staat mit den Strafen neben der Risikovermeidung auch die moralische Ordnung und die Autorität des Rechts bewahren muss (vgl. Garland 1999, S. 59). In der Praxis muss diese Gratwanderung jedoch keineswegs zu der immer härter werdenden Gangart führen, wie sie *New Labour* praktiziert. Einen derartigen Determinismus anzunehmen verkennt die Reflexivität des menschlichen Akteurs, und vor allem die Handlungsspielräume der Politik (vgl. Garland 2000, S. 348).

Warum schlägt die Waagschale bei *New Labour* so massiv auf der Vergeltungsseite aus? Ist die Innere Sicherheit tatsächlich das neue Feld, über das sich Politik und staatliche Herrschaft legitimiert, nachdem sie sich im Zuge der Globalisierung aus der Wirtschaft und der sozialen Sicherung zurückgezogen hat und sich das „morali-

sierende Lob der ‚individuellen Verantwortung‘“ (Bourdieu/Wacquant 2000, S. 7) auf die Fahnen schreibt? Die frühere politische Zurückhaltung bei der Kriminalitätsbekämpfung zugunsten einer expertengesteuerten Kriminalpolitik, die mehr auf Diversion, Rehabilitation und Nichtverfolgung von kleineren Delikten als auf Strafe setzte (vgl. Garland 2000, S. 358), hat tatsächlich ein Feld offen gelassen, das *neu* besetzt werden konnte. Auf dem Gebiet der Inneren Sicherheit können die Parteien jetzt Handlungskompetenz beweisen und zumindest einen kleinen Teil der Unsicherheiten der späten Moderne – die Kriminalität – bekämpfen und sich darüber Wählerstimmen sichern (vgl. Baumann 2000, S. 36 ff). Die steigenden Inhaftierungszahlen stellen dabei den sichtbarsten Beweis für diese neue Kompetenz dar. Der ‚Teufelskreis‘ der Exklusionslogik dient so auch dem Machterhalt: die Kriminalisierung und Exklusion von Individuen, die inkompatibel mit den veränderten Bedingungen sind, unterstützen die weitere Reproduktion und Legitimation dieser Bedingungen. Die gesellschaftlichen Entwicklungen der späten Moderne, die vielbeschworene Krise des Wohlfahrtsstaates, die Globalisierung und der damit einhergehende Machtverlust der Politik treffen Großbritannien und *New Labour* keineswegs exklusiv. Drohen damit auch hierzulande schon bald britische Verhältnisse?

Von *Labour* lernen!?

Während die britische *Labour-Party* ihren Dritten Weg schon gefunden hat, ist die deutsche Sozialdemokratie noch immer auf der Suche (vgl. SPD 1999; Schröder/Blair 1999; zur Teilhabergesellschaft vgl. Blair 1996, S. 343-362). Sichtbar sind aber schon Responsibilisierungstendenzen in der Sozialpolitik und der Versuch der Übernahme zumindest einiger Teile der britischen Kriminalpolitik. So wird auf Länderebene die kommunale Kriminalprävention verstärkt in Modellversuchen erprobt (vgl. Schwind 2000, S. 341); gleichzeitig wird die Reform des öffentlichen Dienstes im Sinne der Neuen Steuerungsmodelle erhebliche Auswirkungen auf die Polizeiarbeit haben. Auch die öffentliche Videoüberwachung ist hierzulande inzwischen Realität⁵. Dagegen ist ein Schwenk der rot-grünen Koalition zum Dogma der Abschreckung durch härtere Strafen derzeit nicht erkennbar. Für den Bundestagswahlkampf 2002 zeichnet sich (noch) nicht ab, dass das Thema *Innere Sicherheit* eine derart hohe Aufmerksamkeit erlangen wird wie in Großbritannien 2001. Zwar gibt es hier und da Versuche der Union, bspw. mit Forderungen nach Strafverschärfungen für Jugendliche, die SPD herauszufordern, doch hat sich daraus noch keine

⁵ vgl. taz, 11.1.2001, Premiere in Bielefeld

nennenswerte Diskussion entwickelt⁶. Daraus den Schluss zu ziehen, dass Rot-Grün der Verlockung widersteht, auf dieses wahlkampfträchtige Thema zu verzichten, wäre allerdings verfrüht. Vielmehr ist zu beobachten, wie das gesamte Thema Innere Sicherheit derzeit auf den Kampf gegen den Rechtsextremismus fokussiert wird, bei dem sich die Bundesregierung als überaus *tough on crime* erweist. Damit steht nun auch in Deutschland der Kampf gegen die sogenannten *hate crimes* auf der Agenda, ein Thema, das schon in den USA hohe Aufmerksamkeit erlangt hat (vgl. bspw. Jacobs/Potter 1998). Sollte sich der Kampf gegen den Rechtsextremismus irgendwann in den Schlagzeilen erschöpfen, ist durchaus vorstellbar, dass sich die Bundesregierung als ebenso *tough* in der gesamten Kriminalpolitik erweisen möchte.

Literatur

BÄSSMANN, J./POSIEGE, P., Kriminalitätskontrolle in Großbritannien, Wiesbaden, 1998

BAUMANN, Z., Social Issues of Law and Order, in: GARLAND, D./SPARKS, R., Criminology and Social Theory, Oxford, 2000, S. 23-46

BLAIR, T., Meine Vision, Stuttgart, 1996

BORDIEU, P./WACQUANT, L., Schöne neue Begriffswelt, in: Le Monde Diplomatique Nr. 6140, 12.05.2000, S. 7

BRÖCKLING, U./KRASMANN, S./LEMKE, T. (Hg.), Gouvernementalität der Gegenwart. Studien zur Ökonomisierung des Sozialen, Frankfurt am Main, 2000

BROWNLEE, I., New Labour – New Penology? Punitive Rhetoric and the limits of Managerialism in Criminal Justice Policy, in: Journal of Law and Society 25, 1998, S. 313-335

DELEUZE, G., Das elektronische Halsband: Innenansicht der kontrollierten Gesellschaft, in: Neue Rundschau 4, 1990, S. 181-186

DITTON, J., Crime and the City. Public Attitudes towards Open-Street CCTV in Glasgow, in: British Journal of Criminology 40, 2000, S. 692-709

FAULKNER, D., Policy and Practice in Modern Britain. Influences, Outcomes and Civil Society, in: GREEN, P./RUTHERFORD, A. (Hg.), Criminal Policy in Transition, Oxford-Portland, 2000, S. 79-89

GARLAND, D., Punishment and Modern Society. A Study in Social Theory, Chicago 1999 (5. Auflage)

⁶ vgl. Süddeutsche Zeitung, 15.1.2001, Scholz fordert härtere Strafen für Jugendliche

GARLAND, D., The Culture of High Crime Societies. Some Preconditions of Recent 'Law and Order' Policies, in: British Journal of Criminology 40, 2000, S. 347-375

GIDDENS, A., Der Dritte Weg, Frankfurt am Main, 1999

JACOBS, J.B., POTTER, K., Hate Crimes: Criminal Law & Identity Politics, Oxford, 1998.

KANT, M./PÜTTER, N., Rot-grüne Politik ‚Innerer Sicherheit‘. Fortsetzung der alten Politik mit anderen Personen, in: Bürgerrechte & Polizei/CILIP 61, 1998, S. 61-69

LABOUR PARTY, Building a future for all: Crime, Labour Conference in Brighton, 24.-28. September 2000

NORRIS, C./ARMSTRONG, G., Smile, you're on camera. Flächendeckende Videoüberwachung in Großbritannien, in: Bürgerrechte & Polizei/CILIP 61, 1998, S. 30-40

ROSE, N., Government and Control, in: British Journal of Criminology 40, 2000, S. 321-339

RUTHERFORD, A., An Elephant on the Doorstep: Criminal Policy without Crime in New Labour's Britain, in: GREEN, P./RUTHERFORD, A. (Hg.), Criminal Policy in Transition, Oxford-Portland, 2000, S. 33-61

SCHRÖDER, G./BLAIR, T., Der Weg nach vorne für Europas Sozialdemokraten. Ein Vorschlag von Gerhard Schröder und Tony Blair, London 8. Juni 1999, [www.spd.de]

SCHWIND, H.D., Kriminologie, Heidelberg, 2000

SHEARING, C., Gewalt und die neue Kunst des Regierens und Herrschens, in: TROTHA, T. v. (Hg.), Soziologie der Gewalt, Sonderheft 37, 1997, Kölner Zeitschrift für Soziologie, S. 263-278

SOPEL, J., Tony Blair, Stuttgart, 1996

SPD, Grundwertekommission beim Parteivorstand der SPD. Dritte Wege – Neue Mitte.
 Sozialdemokratische Markierungen für Reformpolitik im Zeitalter der Globalisierung 15.9.1999, [http://www.spd.de/suche/archiv/grundwerte/]

STRAW, J., Labour Party Conference Speech, Brighton 24. September 2000

SQUIRES, P., Criminology and the ‚Community Safety Paradigm‘: Safety, Power and Success and the limits of the Local, in: The British Criminology Conferences: Selected Proceedings, Volume 2, 1999

YOUNG, J., Left Realist Criminology: Radical in its Analysis, Realist in its Policy, in: MAGUIRE, M./MORGAN, R./REINER, R. (Hg.), The Oxford Handbook of Criminology, Clarendon Press, 1997, S. 473-498

YOUNG, J., *The Exclusive Society. Social Exclusion, Crime and Difference in Late Modernity*, London/Thousand Oaks/New Delhi, 1999